

Sozialpartner und IV wollen Kindergarten und Co. weiterentwickeln

10-Punkte-Programm zu Qualität, Finanzierung und Chancengerechtigkeit

Die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung wollen die Elementarbildung in Krippe und Kindergarten weiterentwickeln: „Wir verstehen Lernen als Prozess, der mit der Geburt beginnt und lebenslang dauert“, heißt es einleitend zu dem 10-Punkte-Programm, das Sozialpartner und Industriellenvereinigung gemeinsam erarbeitet und heute präsentiert haben. WKÖ-Präsident Christoph Leitl, IV-Präsident Georg Kapsch, AK Präsident Rudi Kaske, ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl und Elisabeth Leitner (LKÖ), Leiterin des Ländlichen Fortbildungsinstituts, fordern: Elementarbildung soll in die Kompetenz des Bundes fallen.

Investitionen in qualitativ hochwertige frühkindliche Betreuung bringen individuellen Nutzen für jedes Kind, „da sie die kognitiven Fähigkeiten, die Lernbereitschaft und Lernfreude sowie die soziale Integration der Kinder fördern“, betont WKÖ-Präsident Christoph Leitl. Gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Familien seien die Vorteile von frühkindlicher Bildung besonders stark ausgeprägt und Startnachteile lassen sich reduzieren. Leitl: „Auch die Übergangsquoten auf weiterführende Bildungseinrichtungen steigen und letztendlich führen sie zu einer geringeren Arbeitslosigkeit. Jeder in frühe Bildung investierte Euro bringt langfristig gesehen volkswirtschaftlich mindestens den achtfachen Nutzen.“ Für die Eltern und das Kind stellt der Übergang vom Kindergarten in die Schule eine wichtige Zäsur dar. Ein fließender Übergang sowie mehr Kooperation zwischen den beiden Institutionen seien daher wichtig. Diese könnte auch über eine Neustrukturierung der bisherigen Schulreifefeststellung erfolgen: Sie soll von einer punktuellen Entscheidung hin zu einer gemeinsamen (Kindergarten, Schule) Begleitung und Feststellung der Schulfähigkeit im letzten Kindergartenjahr weiterentwickelt werden.

AK Präsident Rudi Kaske fordert ein flächendeckendes Angebot an Kinderbildung mit umfassenden Öffnungszeiten sowie eine nachhaltige Finanzierung durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich. „Mir sind zwei Dinge ein besonderes Anliegen: das ist die Chancengerechtigkeit, auch für die Kleinsten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die ArbeitnehmerInnen“, so AK Präsident Rudi Kaske. „Das zweite kostenlose verpflichtende Gratiskindergartenjahr muss kommen! Es braucht mehr Plätze in der Elementarbildung, damit auch wirklich jedes Kind die gleichen Chancen hat. Und damit alle Frauen ihre Chancen im Beruf ergreifen können. Die letzte Kindertagesheimstatistik hat wieder gezeigt, dass Österreich hier Aufholbedarf hat. 27 Schließtage im Jahr bei den Kindergärten im Österreichdurchschnitt sind eindeutig zu viel, Wien ist hier mit nur drei Schließtagen Vorbild.“

"Elementarpädagogischen Bildungsföderalismus" beenden

IV-Präsident Georg Kapsch appellierte – auch mit Blick auf den 17. November – den elementarpädagogischen Bildungsföderalismus zu beenden. „Wir brauchen die Bundeskompetenz für Elementarbildung im Bildungsressort. Krippen und Kindergärten leisten wichtige Bildungsarbeit und erfüllen einen Bildungsauftrag. Der Bund muss daher wie in fast allen anderen europäischen Ländern auch seine Verantwortung entsprechend wahrnehmen.“ Zusätzlich forderte der IV-

Präsident einen massiven Qualifizierungsschub bei der gesamten Ausbildung für Elementarpädagoginnen und -pädagogen. „Die derzeitige Ausbildungssituation ist unbefriedigend, die Entscheidung für einen pädagogischen Beruf mit 14 Jahren einfach zu früh. Die BAKIP muss daher als „echte“ BMHS neuausgerichtet und die Ausbildung für pädagogische Assistentinnen und Assistenten verbessert werden. Außerdem müssen wir endlich die Tertiärisierung für Elementarpädagoginnen und -pädagogen in Angriff nehmen. Dies entspricht auch allen internationalen Empfehlungen“, so Kapsch.

ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl: „Kinderbildungseinrichtungen sind elementare Bildungsinstitutionen, die Chancengleichheit gewährleisten sollen. Darum müssen einheitliche Qualitätsstandards zur Anwendung kommen. Egal ob am Neusiedler See oder im Bregenzer Wald: Eltern sollten die Gewissheit haben, dass ihre Kinder bestmöglich betreut werden. Gerade für Mütter sind flächendeckende Kinderbildungseinrichtungen die Grundvoraussetzung, um berufstätig sein zu können. Deshalb brauchen wir ein einheitliches Bundesrahmengesetz, das den gesetzlichen „Fleckerlteppich“ zwischen Bund, Länder und Gemeinden im elementarpädagogischen Bereich ersetzt, um eine qualitativ hochwertige Frühförderung zu gewährleisten: angefangen von einem einheitlichen Betreuungsschlüssel, einheitlichen Vorbereitungszeiten, höheren Gehältern und einer einheitlichen Berufsbezeichnung und Ausbildung für KindergartenassistentInnen und HelferInnen.“

Sicherung der pädagogischen Qualität

„Die Sicherung der pädagogischen Qualität“, stellte Elisabeth Leitner, Vorsitzende des Ländlichen Fortbildungsinstitutes (Bildungseinrichtung der Landwirtschaftskammer) in den Mittelpunkt. Leitner wörtlich: „Inhaltliche Qualität und gezielte pädagogische Arbeit in den einzelnen Bildungsbereichen haben größten Einfluss auf die elementare Bildung. Wir müssen daher trachten, diese Qualität in den elementaren Bildungseinrichtungen verlässlich sicherzustellen. Das gilt für die hohen Anforderungen hinsichtlich der vielfältigen Förderung der Kinder ebenso, wie für das Eingehen auf ihre individuellen Bedürfnisse und für die Erwartungen der Eltern.“

„Zur Qualitätssicherung sind die österreichweit gültige Festlegung hoher Standards und ein nationaler Bildungsrahmenplan erforderlich. Die Standards sind systematisch und kontinuierlich durch interne und externe Maßnahmen zu überprüfen. Dabei geht es sowohl um die inhaltliche als auch die pädagogische Arbeit“, so Leitner weiter.

„Wichtig sind die Kommunikation mit den Eltern und der Bereich der Elternbildung. Dabei sollen die Eltern nicht nur die Sprachentwicklung der Kinder fördern und unterstützen können, sie sollen auch Wegbereiter für wichtige Entscheidungen im Bildungsweg ihrer Kinder sein. Gibt es herkunftsbedingt Nachteile, so müssen diese durch entsprechende Maßnahmen und eine kontinuierliche Elternbildung ausgeglichen werden“, ergänzte Leitner schließlich.



IV-Präsident Georg Kapsch, ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl, WKÖ-Präsident Christoph Leitl, AK-Präsident Rudi Kaske und Elisabeth Leitner, Vorsitzende des Ländlichen Fortbildungsinstitutes

Rückfragen:

Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Presse
Mag. Bernhard Salzer
Tel: +43(0)590900-4464
Email: bernhard.salzer@wko.at

Abteilung für Bildungspolitik
Mag. Petra Duhm
Tel: +43(0)590900-4017
Email: petra.duhm@wko.at

AK Wien - Abteilung Kommunikation
Katharina Nagele
Tel: +43 1 501 65 2678
Email: katharina.nagele@akwien.at

Industriellenvereinigung
Dr. Raphael Draschtak
Tel: +43 1 71135 - 2300
Email: r.draschtak@iv-net.at

ÖGB-Kommunikation (Leitung)
Alexa Jirez
Tel: (01) 53 444 39261
Email: alexa.jirez@oegb.at

Landwirtschaftskammer Österreich
Dr. Josef Siffert
Tel: +43/1/53441-8521
Email: j.siffert@lk-oe.at